

Verbindliches

Für die zukünftige Arbeit des Kreisverbandes wurden vom Kreisparteitag die Leitlinien beschlossen.

Seite 2

Unverantwortliches

Dr. Rudolf Haase weist auf die soziale Ungerechtigkeit der Pendlerpauschale hin.

Seite 5

Sportliches

Der 1. Luckenwalder Sportclub hat sich in der 1. Bundesliga Ringen seit Jahren etabliert.

Seite 7

DIE LINKE. AKTUELL

14. Jahrgang, 153. Ausgabe, Dezember 2007

Kreisverband und Kreistagsfraktion Teltow-Fläming

Ein sehr erfolgreicher Parteitag

Unser Kreisparteitag ist erfolgreich verlaufen und hatte zwei Aufgaben zu erfüllen. Zum einen haben wir nach der bundesweiten Gründung der Linkspartei in Berlin, der Gründung des Landesverbandes in der Stadt Branden-

Die zweite Aufgabe hat darin bestanden, die „Kommunalpolitischen Leitlinien“ für unseren Kreisverband zu verabschieden. Wir haben damit den Startschuss für unsere Partei- und Mandatsebene zum Kommunalwahl-

Kreistag für die Verwirklichung einer sozialen, bürgernahen und zukunftsorientierten Politik zu nutzen. Und Spielräume gibt es, wie solche Beispiele zeigen, die durch unsere Initiativen vielerorts auf den Weg gebracht worden sind: Einmalige Beihilfen für die Einschulung, Sozial- und Familienpass in Luckenwalde – nun auch in Jüterbog, Zuschüsse zum Essengeld in Kitas und Schulen, Sozialticket...

Wir meinen es ernst damit, dass jede kommunalpolitische Entscheidung dem Grundsatz sozialer Gerechtigkeit standhalten muss. Natürlich sehen wir dabei, auch in Anbetracht der unzureichenden Finanzausstattung der Kommunen, zuallererst den Bund und das Land in der Pflicht. Aber auch die Gemeinde, die Stadt und der Kreis haben für Chancengleichheit und gleiche Teilhabe aller Bürger an der kulturellen, sportlichen und sozialen Infrastruktur zu sorgen, zuerst bei Bildung. Das muss sich in ganz konkreten Projekten widerspiegeln, und diese sind letztendlich auch Maßstab für die Zusammenarbeit mit den Fraktionen anderer Parteien und Gruppierungen auf kommunaler Ebene. Programmatisch gibt es zwischen der SPD und uns genügend Schnittmengen. Das Problem ist bisher die konkrete Politik. Die Ernsthaftigkeit der SPD-Parteitagebschlüsse von Hamburg muss sich an konkreten Taten messen lassen. Und das werden wir auch tun.

Kornelia Wehlan, Kreisvorsitzende



Symbolischer Akt: Die Torte wird angeschnitten

burg nun auch auf Kreisebene für den notwendigen Gründungsbeschluss gesorgt. Wir haben einen Kreisvorstand und die Ämter und Mandate für die Kreisfinanzrevisionskommission, für den Landesausschuss und für die Parteitage auf Bundes- und Landesebene gewählt. Allen, die diese Verantwortung übernommen haben, an dieser Stelle noch einmal ein herzliches Dankeschön.

jahr 2008 gegeben. Für uns hat die Kommunalpolitik eine zentrale Bedeutung für die Gestaltung des Lebens der in Teltow-Fläming lebenden Bürgerinnen und Bürger. DIE LINKE als „Partei des Alltags“ hat bereits viel erreicht. Vielerorts sind Mitglieder der Partei in Bürgerinitiativen, Vereinen, Verbänden und Gewerkschaften aktiv. Dieses Engagement ist wichtig, um Spielräume in den Gemeinden, Städten und im

Mitglieder des neuen Kreisvorstandes

Kornelia Wehlan
Kreisvorsitzende

Tina Senst
Stellvertreterin

Dirk Hohlfeld
Stellvertreter

Ralph Krech
Stellvertreter

Manfred Thier
Kreisgeschäftsführer

Brigitte Paul
Kreisschatzmeisterin

Roland Scharp
Dr. Günter Stinal
Jürgen Steinert
Peter Hacke
Gabi Pluciniczak
Petra Haase
Wolfram Burkhardt
Marianne Richter
Angelika Linke
Ilka Pietsch
Karl Peter Schneider

Nicht auf dem Foto: Jürgen Steinert,
Ilka Pietsch, Angelika Linke, Roland
Scharp, Karl-Peter Schneider

Grüße zum Jahreswechsel

„Wenn es einen Glauben gibt, der Berge versetzen kann, so ist es der Glaube an die eigene Kraft.“

Marie von Ebner-Eschenbach

Das kommende Jahr wird uns alle viel Kraft und Energie kosten.

Zum Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel wünschen der Kreisvorstand sowie die Redaktion allen Leserinnen und Lesern unserer Zeitung, allen Genossinnen und Genossen, allen Sympathisantinnen und Sympathisanten erholsame Tage, Gesundheit und Freude.<



Foto: Felix Thier

Wir wünschen dem neuen Kreisvorstand viel Erfolg für seine zukünftige Arbeit.

Dank an Christa Wetzel

Mehr als zehn Jahre ist es her, seit Christa Wetzel mit ihrer Familie in unseren Landkreis gezogen ist. Wie sie es aus Merseburg gewöhnt war, stell-

hat. Im November 2007 vollendete Christa das 70. Lebensjahr. Einer der Gründe, warum sie auf dem Kreisparteitag nicht erneut als Kreisschatz-



Foto: R.Haase

te sie sich gleich auch in unserem Kreisverband für die ehrenamtliche Arbeit zur Verfügung. Zunächst als Finanzverantwortliche für den Gebietsverband Luckenwalde. Später übernahm sie von Günther Hamann die Funktion des Kreisschatzmeisters, die sie bis dato sehr erfolgreich ausgeübt

hat. Im November 2007 vollendete Christa das 70. Lebensjahr. Einer der Gründe, warum sie auf dem Kreisparteitag nicht erneut als Kreisschatzmeisterin kandidiert hat. Auf diesem Wege danken wir unserer „ehemaligen“ Schatzmeisterin herzlich für ihre geleistete Arbeit. Für den „Ruhestand“ wünschen wir ihr viel Gesundheit, erlebnisreiche Stunden im Kreise der Familie, besonders mit

den Berliner Enkelkindern. Und hin und wieder auch etwas mehr Zeit fürs persönliche Leben. Wir sind gewiss, dass uns Christa auch weiterhin mit Rat und auch mit Tat zur Verfügung steht, wenn wir sie brauchen.

DANKE Christa!

Der Kreisvorstand

Ein Handlungsrahmen - unsere „Kommunalpolitischen Leitlinien“

Der Kreisparteitag am 03.11.2007 hat sie beschlossen, die „Kommunalpolitischen Leitlinien“.

Mit dem Antrag an den 1. Kreisparteitag der LINKEN Teltow-Fläming sind die Leitlinien unseres kommunalpolitischen Handelns beschlossen worden. Ausgehend von unseren Erfahrungen in den Parlamenten hat der Parteitag die Schwerpunkte bestimmt, die als Handlungsrahmen in den Parlamenten, gelten sollen.

Das ist insbesondere im Hinblick auf die folgenden Kommunalwahlen von Bedeutung, da sie Ziele und Inhalte vermitteln, kurz unser Programm.

Durch stärkere Einbeziehung der Menschen in die politischen Entscheidungen wollen wir die kommunale Selbstverwaltung stärken. Das kann z.B. durch die Tätigkeit „berufener Bürger“ und Nutzung ihrer Sachkunde in den Ausschüssen der Parlamente erfolgen.

Veränderte Bedingungen erfordern auch neue Antworten, lokales Handeln setzt künftig stärkeres globales Denken voraus. Dieser Gedanke trägt der Tatsache Rechnung, dass Beschlüsse und Festlegungen der EU verstärkt Wirkung in kommunalen Parlamenten haben werden. Es muss aber auch einen Weg geben, wie an kommunaler Stelle Einfluss auf zentrale Entscheidungen genommen werden kann.

Die Konzentration der finanziellen Mittel auf die Wachstumskerne im Umfeld wirtschaftlich bedeutender Standorte wird von uns kritisch betrachtet.

Wir fordern auch die nachhaltige Entwicklung aller Regionen des Landes. Dabei ist dem ländlichen Raum Aufmerksamkeit zu widmen, damit dieser nicht noch mehr durch Abwanderung junger Menschen verödet und von der Grundversorgung wie dem öffentlichen Nahverkehr zunehmend abgeschnitten wird. Die Erreichbarkeit von Verwaltung und damit auch politischer Einflussnahme ist für uns eine

Grundfrage von Demokratieverständnis.

Weiterhin stehen wir fest auf dem Standpunkt, dass Bereiche der „Kommunalen Daseinsvorsorge“ nicht nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet werden und nach Belieben aus der öffentlichen Trägerschaft entlassen werden können.

Wir wollen verhindern, dass mit der Privatisierung öffentlicher Unternehmen der Entscheidungsspielraum der kommunalen Verwaltungen begrenzt wird. Was sollten diese sonst noch verwalten? Bildung ist Zukunft. Das ist unumstritten. Doch der Zugang zu Bildung wird immer stärker von finanziellen Voraussetzungen bestimmt. Damit entsteht ein Ungleichgewicht zu Lasten sozial Schwächerer.

Diese können nicht ihre Kinder in Schulen in freier Trägerschaft ausbilden lassen, daher können solche Formen nur als Ergänzung eines gestaffelten Systems angesehen werden. Gleiche Chancen für alle - das ist unsere Botschaft!

Das Bekenntnis zu Frieden, unsere antifaschistische und antirassistische Haltung sind Grundwerte unseres Handelns. Dazu gehört auch, einen breiten Dialog zu führen und diese Gedanken in der Alltagskultur der Menschen zu verankern. Das Verbot der NPD und ihr nahestehenden Organisationen muss erneut auf den Weg gebracht werden. Nazis raus aus den Köpfen!

Die Würde des Menschen ist unantastbar, ein Grundsatz der Verfassung. Wir betrachten diesen nicht nur als ein allgemeines Verfassungsgut, sondern als Leitlinie für Kinder-, Jugend- und auch Seniorenpolitik. Daher fördern wir die Möglichkeiten zur aktiven Teilnahme aller Altersgruppen an der demokratischen Machtausübung.

*Wolfram Burkhardt,
Kreisvorstandsmitglied*

Zwei Jahre Merkel

...sind zwei Jahre Moderation von wohlmeinenden Ankündigungen. Die Bilanz von zwei Jahren Großer Koalition gleicht einem Januskopf: Steuererhöhungen für die breite Masse, Steuersenkungen für Gewinne und Spitzenverdiener. Das ist die klare Sprache neoliberaler Reformeiferer und von Klientelpolitik beim Abbau der Neuverschuldung.

Die Debatten um Mindestlöhne, Kinderarmut, ja sogar um Pflege und Gesundheit bezeugen eine vage Ahnung der Regierenden von der sozialen Wirklichkeit im Land, die trotz Aufschwung von wachsender sozialer Spaltung und Ausgrenzung geprägt ist. Allein, die Kanzlerin schafft für die Betroffenen nicht mehr als die Moderation wohlklingender Ankündigungen für eine viel zu ferne Zukunft:

- Kindergeld-Erhöhung 2010 oder vielleicht doch schon als Bonbon zum Wahljahr 2009?
- Mehr Kita-Plätze? Vielleicht 2013?
- Mindestlöhne? Wohl eher doch nicht
- Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes auf ein menschenwürdiges Niveau? Mal abwarten, was die Institute zu Tage fördern
- Abschaffung der Klassengesellschaft bei Gesundheit und Pflege? Verschieben auf den Sankt-Nimmerleins-Tag.

Auf den klassischen Feldern sozialer sozialdemokratischer Politik gilt: Außer Spesen nix gewesen. Mit einer auf Gedeih und Verderb an die Große Koalition gefesselten SPD wird sich daran in den verbleibenden zwei Jahren auch nichts ändern.

Fazit: Flickschusterei und Halbheiten, viele Ankündigungen und wenig Ergebnisse! Das ist die Zwei-Jahres-Bilanz der Bundeskanzlerin.

*Dietmar Bartsch,
Bundesgeschäftsführer*



TRANSPARENT LINKE POLITIK IM LANDTAG

Die Landtagsabgeordnete Kornelia Wehlan zu aktuellen Themen:

Forstwirtschaft gesund - Wald krank

Die Holzwirtschaft boomt. Im Landeswald wird bis über die Nachhaltigkeitsgrenze Holz geschlagen. Umso wichtiger ist es, auf den nach wie vor unbefriedigenden Zustand der Wälder hinzuweisen. Mit den 20.000 Unterschriften der Volksinitiative „Brandenburger Wald“ haben Bürgerinnen und Bürger ihre Sorge zum Ausdruck gebracht. Wenn im aktuellen Waldzustandsbericht festgestellt wird, dass 13% der Wälder deutlich geschädigt sind, ist das zwar eine leichte Verbesserung zum Vorjahr, aber noch kein Grund zur Freude. Die Kiefer als Baum des Jahres zeigt sich vergleichsweise vital, Buchen und Eichen hingegen mit rund einem Drittel stark geschädigter Bäume geben Anlass zur Sorge. Der beginnende Klimawandel als Ursache ist mit dem milden Winter, trockenen April und sehr feuchten Sommer mitverantwortlich. Letztlich sind aber Waldschäden wie auch der Klimawandel selbst als Ursache von negativen Umwelteinflüssen anzusehen. Umso wichtiger ist, mit gesunden und produktiven Wäldern für den Ersatz fossiler Brennstoffe sorgen zu können. Diese Wechselwirkung gibt es nicht gratis. Dazu gehört eine moderne und effiziente Forstverwaltung, die Wälder pflegt, Waldumbau vorantreibt und kahlschlagsfrei wirtschaftet. Mit ihrem radikalen Stellenabbau leistet die Landesregierung dazu aktuell keinen Beitrag.

Brandenburg muss dem Berliner Beispiel umgehend folgen

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in Berlin müssen künftig Unternehmen aus allen Branchen erklären, dass sie ihren Beschäftigten einen Tariflohn oder mindestens 7,50 Euro pro Stunde zahlen. Mit dieser gesetzlichen Fest-

legung setzt das Land Berlin ein deutliches Zeichen gegen Lohndumping. Darüber hinaus wird mit dieser Initiative ein Weg aufgezeigt, wie die Chancengleichheit für Unternehmen im Wettbewerb gewährleistet und gleichzeitig eine angemessene Entlohnung der Beschäftigten sichergestellt werden kann.

Die Linksfraktion fordert deshalb die Landesregierung auf, unverzüglich ein Vergabegesetz vorzulegen, in dem ein Branchen übergreifendes Mindestlohn-niveau bei der Vergabe öffentlicher Aufträge festgeschrieben wird.

Mit Steuermehreinnahmen Landesprobleme nachhaltig lösen

Die regionalisierte Steuerschätzung für das Land Brandenburg bestätigt unsere Annahmen, dass auch in den kommenden Jahren mit Steuermehreinnahmen zu rechnen ist.

Ausgehend von der konjunkturellen Situation werden dem Land im Jahr 2008 Mehreinnahmen von ca. 149 Mio. Euro und 2009 von 121 Mio. Euro prognostiziert.

Diese zusätzlichen Mittel sind unstrittig zu einem Großteil für die Konsolidierung des hochverschuldeten Landeshaushaltes zu verwenden. Zugleich müssen aber die finanziellen Spielräume genutzt werden, vorhandene strukturelle Probleme des Landes zu minimieren bzw. langfristig zu beheben.

Die Fraktion DIE LINKE. erwartet von der Landesregierung, dass sie die zunehmende Spaltung des Landes als tatsächliches Problem erkennt und entsprechende Schritte durch die Gestaltung des Doppelhaushaltes 2008/2009 vornimmt.

Es geht unserer Fraktion nicht darum, Geldgeschenke zu verteilen, sondern mit gezielten Maßnahmen nachhaltig eine gleichwertige Entwicklung



in den Regionen des Landes zu gewährleisten.

Schein und Sein

Im Rahmen der Debatte zum Doppelhaushalt 2008/09 forderte DIE LINKE in ihren Anträgen eine Erhöhung der Zuschüsse für die Kindertagesbetreuung um 22 Mio. Euro, des Landesjugendplanes um jährlich 5,63 Mio. Euro und der Personalausgaben für Schulen jährlich um 10 Mio. Euro. Diese Anträge wurden von den Koalitionsfraktionen abgelehnt, obwohl sie sich zum großen Teil auf Forderungen bezogen hatten, die in den letzten Monaten auch von Koalitionsparteien in der Öffentlichkeit wiederholt gestellt worden waren. Damit stellen SPD und CDU ihre eigene Glaubwürdigkeit in Frage. Angesichts ihres Stimmverhaltens müssen sie sich nun fragen lassen, wie ernst sie es wirklich mit dem kostenfreien Vorschuljahr oder – im Falle der CDU – mit dem Erhalt von einzügigen Schulen meinen, wenn sie sich weigern, dafür entsprechende Mittel in den Haushalt einzustellen. *Fortsetzung auf Seite 5*

Wahlkreisbüro Kornelia Wehlan

Telefon u. Fax: 0 33 71 / 40 65 44
E-Mail: BueroLukWehlan@aol.com

Die Reduzierung der Pendlerpauschale wahrscheinlich verfassungswidrig

Als die Bundesregierung beschloss, dass man die Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsort erst ab dem 21. Entfernungskilometer steuerlich geltend machen kann, waren die betroffenen Pendler, die sich der Mobilität des Arbeitslebens stellen mussten, empört.

Noch bevor die komplizierte Gesetzgebung abgeschlossen worden ist, haben der Bundesrechnungshof und die steuerberatenden Berufsverbände die Verfassungskonformität dieses Ansinnens bezweifelt und die Gründe dem Finanzministerium auch vorgetragen. Mehr noch, es wurden auch Vorschläge unterbreitet, die allen Seiten gerecht geworden wären.

Minister Steinbrück ließ sich aber zu der fachlich wenig fundierten Äußerung hinreißen, dass die Fahrtkostenpauschale eine Subvention sei und dem-

zufolge abgebaut werden müsste. Dabei weiß jeder Arbeitnehmer, der sich mit seiner Steuererklärung beschäftigt, dass Aufwendungen für den Beruf keine Subventionen sind, sondern zu den sogenannten Werbungskosten gehören.

In den anderen Einkommensarten, z.B. aus selbstständiger Tätigkeit, können Fahrtkosten aufwendungen als Betriebsausgaben nach wie vor steuerlich geltend gemacht werden. Von vorn herein war der Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz offenkundig. Bereits jetzt hat der Bundesfinanzhof eine mögliche Verfassungswidrigkeit bei der Kürzung der Pendlerpauschale festgestellt.

Doch die Bundesregierung will die Kürzung so lange beibehalten, bis das Bundesverfassungsgericht entscheidet. Sollte Herr Steinbrück mit seiner Ansicht scheitern und letztendlich die höhere Steuererstattung zahlen müssen, kann er sich wenigstens die Zinsen gutschreiben.

Wenn es zu einem höchstrichterlichen Urteil gegen die Kürzung kommt, will der Finanzminister die Rücknahme aber auch haushaltsneutral gestalten. D.h. der Griff in die Taschen des Steuerzahlers bleibt bestehen. Der Ministerpräsident von Niedersachsen, Wulff, machte nunmehr den Vorschlag, die Absetzbarkeit der Fahrtkosten ab dem ersten Kilometer wieder möglich zu machen, aber die Pauschale soll auf 25 Cent je Entfernungskilometer gesenkt werden.

Dieser angeblich soziale Vorschlag ist aber nichts anderes als eine Mogelpackung. Eine solche geminderte Kilometerpauschale wirkt sich steuerlich erst bei einer Entfernung zur Arbeitsstätte von mehr als 16 Kilometer aus, denn erst dann übersteigen die Kosten die Werbungskostenpauschale, die jeder Arbeitnehmer bekommt in Höhe von jährlich 920 •.

Der Bund der Steuerzahler plädiert dagegen richtigerweise für eine Pendlerpauschale in Höhe von 35 Cent,



um halbwegs die gestiegenen Kosten für Sprit auszugleichen. Die Haushaltsneutralität, wie sie Herr Steinbrück beschwört, ist auch bei einer höheren und gerechteren Kilometerpauschale längst gegeben. Im Gegenteil, der Staat kassiert infolge der gestiegenen Spritkosten über die Mehrwertsteuer noch kräftiger ab.

Wirkliche Steuergerechtigkeit herzustellen wäre auch möglich, wenn die steuerliche Absetzbarkeit der tatsächlichen Werbungskosten, nicht nur der Fahrtkosten, möglich sein würde. Es ist doch nicht einzusehen, dass ein Arbeitnehmer, der z.B. 20 Kilometer zur Arbeit fahren muss, nicht höhere Steuervergünstigungen hat, als sein Berufskollege, der am Wohnort arbeitet und z.B. keine Fahrtkosten aufzubringen hat.

Der Fiskus arbeitet gerne mit Pauschalen, um die eigene Arbeit zu erleichtern. Dabei stellt im Zeitalter der elektronischen Datenverarbeitung solche Berechnung über tatsächliche Werbungskosten überhaupt kein Problem dar. Es gibt also genügend Möglichkeiten und Alternativen, Steuergerechtigkeit herzustellen.

Vor allen Dingen die Arbeitnehmer, die täglich zur Arbeit fahren müssen, sollten entlastet und nicht noch mehr belastet werden. Sie können täglich an der Zapfsäule ablesen, wie das Geld durch die Finger rinnt und wie der Staat noch zusätzlich abkassiert.

Dr. Rudolf Haase

Fortsetzung von Seite 4

Schärfere Kontrollen der Müllentsorgung in Brandenburg notwendig

Immer neue Enthüllungen verdeutlichen, dass sich jahrelang unbehelligt Strukturen illegaler Müllentsorgung im Land etablieren konnten.

Es ist ein Skandal, dass es einem Mitarbeiter des Landesamtes für Bergbau offenbar möglich war, unbemerkt über einen langen Zeitraum von krimineller Abfallentsorgung zu profitieren.

Erst nach den Müllfunden in der Kiesgrube Markendorf im Landkreis Teltow-Fläming im Juli dieses Jahres hat das Land intensivere Kontrollen veranlasst und ist auf acht illegale Deponien mit ca. 700 000 Kubikmetern Baumisch-, Gewerbe- und Siedlungsabfälle gestoßen.

Um illegale Müllgeschäfte künftig zu unterbinden, mit denen sich Geld in Größenordnungen auf Kosten der Umwelt verdienen lässt, müssen die Überwachungsbehörden des Landes effektivere Maßnahmen ergreifen. <



**Diana
Golze
hat
das
Wort**

Eine Bundestagsabgeordnete aus unserer Region

Bei der SPD sind nur die Ankündigungen links

Auf ihrem Hamburger Parteitag habe die SPD sich nach links orientiert, so die Wahrnehmung vieler Medienvertreter, die das öffentliche Meinungsbild entscheidend mitprägen. Inzwischen sind rund drei Wochen ins Land gegangen und von den vollmundigen Parteitagsankündigungen der SPD ist kaum Substantielles geblieben.

Die vom Parteivorsitzenden, Kurt Beck, vorgeschlagene Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I für ältere Arbeitslose wurde zwar mit großer Mehrheit auf dem Parteitag beschlossen, doch fehlt der SPD wie beim Mindestlohn die Kraft, sich gegenüber dem Koalitionspartner CDU/CSU durchzusetzen. Was jetzt

vom Koalitionsausschuss beschlossen worden ist, ist mehr als halbherzig. Zwar soll die Bezugszeit des Arbeitslosengeldes I für ältere Arbeitslose nun verlängert werden, aber nur, wenn die Betroffenen in den letzten fünf Jahren vorversichert waren. Für einen 58-Jährigen bedeutet das zum Beispiel, dass er nur dann 24 Monate Arbeitslosengeld I erhält, wenn er zuvor mindestens 48 Monate gearbeitet hat. Gerade viele Ostdeutsche werden aufgrund ihrer Erwerbsbiografien vom verlängerten Bezug des Arbeitslosengeldes I ausgeschlossen.

Koalitionstreue hat für die SPD deutlich Vorrang vor möglichen Verbesserungen für Arbeitslose und Dumpinglohn-Bezieher.

Beim Tempolimit 130 auf Autobahnen muss nicht einmal der Koalitionspartner der SPD in die Parade fahren. Hier blockte der SPD-Umweltminister Siegmar Gabriel gleich selbst ab. Die geringe CO₂-Reduzierung würde ein generelles Tempolimit nicht rechtfertigen, so der Minister. Sicher gibt es bezüglich des Klimaschutzes effektivere Maßnahmen, doch schon allein die höhere Verkehrssicherheit spricht für die Geschwindigkeitsbegrenzung von 130 km/h auf Autobahnen. Zu die-

sem Ergebnis kommt eine vom brandenburgischen Verkehrsministerium in Auftrag gegebene Studie. Danach ging die Zahl der Unfälle und Verkehrstoten nach Einführung eines Tempolimits auf den betreffenden Autobahnabschnitten um 20 bis 50 Prozent zurück. Verunglückten vor der Einführung des Tempolimits auf dem ca. 60 Kilometer langen Abschnitt der A 24 zwischen den Autobahndreiecken Havelland und Wittstock jährlich zwischen sechs bis acht Verkehrsteilnehmer tödlich, so registrierte die Polizei in den beiden letzten Jahren jeweils nur ein Todesopfer. Die Zahl der Schwerverletzten ging von 54 im Jahr 2002 auf 29 im Jahr 2006 zurück. Allein diese Zahlen belegen, wie sinnvoll ein Tempolimit wäre. Aber die Große Koalition handelt auch hier nicht.

Und bei der Pendlerpauschale ist die Wählertäuschung noch offensichtlicher. Erst gibt es auch hier Verstöße von SPD-Politikern, die Pendlerpauschale wieder ab dem ersten Kilometer zu zahlen, wenn auch nicht in Höhe von 30 Cent pro Kilometer, sondern nur 20 Cent. Kaum war diese vermeintliche Wohltat für die Berufspendler verkündet, schon wurde der Vorschlag im Koalitionsausschuss mit regem Zutun der SPD wieder kassiert. Nun soll sogar die Möglichkeit gestrichen werden, durch einen Eintrag in der Lohnsteuerkarte weiterhin die ungekürzte Entfernungspauschale in Anspruch zu nehmen. Damit wird den Pendlern die erst Mitte September eingeräumte Entlastung wieder genommen. Verlässliche Politik sieht anders aus.

Auch ist es keine linke Politik, erst tiefe Einschnitte in das gewachsene Sozialsystem vorzunehmen, um danach partielle Rücknahmen als soziale Wohltaten zu verkaufen. Hier gehört die SPD nach wie vor zum neoliberalen Lager, das der Umverteilung von unten nach oben das Wort redet. DIE LINKE wird sich dem weiterhin entgegenstellen und die Ankündigungspolitik entlarven. <

Fahrt nach Potsdam

Selbst Nebel und Kälte hielten die Ausflügler nicht zurück. Am 5. November 2007 fuhren Genossinnen und Genossen sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten aus Jüterbog, Kolzenburg und Luckenwalde nach Potsdam.

Im Sitzungssaal des Landtages gab es eine Einführung zur Geschichte des Hauses. Für mich interessant war die unterschiedliche Nutzung seit 1902 als Reichskriegsschule, seit 1918 als Archiv und nach 1945 Stadt- und Bezirksleitung der SED. Seit 1990 hat der Landtag Brandenburg auf dem Brauhausberg seinen Sitz.

In den Fluren, die von den einzelnen Fraktionen genutzt werden, konnten

wir verschiedene Kunstausstellungen bewundern, aber auch einen Blick auf Potsdam aus ungewöhnlicher Perspektive genießen.

Nach der Gesprächsrunde mit Kerstin Kaiser, der Fraktionsvorsitzenden der LINKEN, und Kornelia Wehlan sowie einem Mittagessen fuhren wir weiter nach Bornstedt. Im Krongut machte uns eine Führung mit der Historie des Ortes bzw. des Gutes und seiner Gebäude vertraut. Die Anfänge reichen bis in die Zeit Albrechts des Bären zurück.

Es war ein interessanter Tag. Allen Organisatoren ein herzliches Dankeschön.

Petra Haase, Jüterbog

Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde, Fraktion DIE LINKE.

Der aktuelle Stand der Bundesligaringer des 1. LSC

Nachdem die Ringer des 1. LSC in der vergangenen Saison den Meistertitel knapp verpasst haben, gilt es nun erneut, die Meisterschaft zu erringen. Die Mannschaft, unter dem neuen Cheftrainer Erik Hahn, wurde zielgerichtet mit jungen deutschen Sportlern und ausländischen Weltklasseathleten verstärkt.

Aus Bulgarien wurden der Juniorenweltmeister Mihail Ganev, 74 kg, aus Polen der Europameister Artur Michalkewicz, 84 kg sowie für die 55 kg der Ex-Weltmeister Dariusz Jablonski verpflichtet. Aus Schweden kam der Juniorenweltmeister Jalmar Sjöberg, 120 kg, aus Dänemark der Vizeweltmeister Marc O. Madsen, 74 kg, aus Frankreich Vincent Aka-Akese, 96 kg sowie aus Griechenland Amiran Karnatanov, 55 kg. Als Ex - Luckenwalder kam Stefan Barde für die Gewichtsklasse 66 kg griechisch/römisch aus Frankfurt/Oder zurück. Aus Taucha kam der junge Athlet Nico Graf für



die 96 kg freier Stil. Er hat bisher alle Kämpfe gewonnen und tritt nun in der Rückrunde in 120 kg freier Stil an. Mit dieser hochkarätigen Mischung will der

1. LSC den Gewinn der Meisterschaft in Angriff nehmen.

Die Vorbereitung auf die Saison unter der Leitung von Erik Hahn und Andreas Zabel, jetzt wieder Co-Trainer, wurde erneut im Trainingslager in Zinnowitz auf Usedom abgeschlossen. Die Mannschaft konnte sich nach der Sommerpause wieder zusammenfinden, und Neuzugänge wurden gleich integriert.

Bisher hat der LSC in der Vorrunde oft mit einheimischen Sportlern gerungen, und es konnten alle Kämpfe siegreich gestaltet werden.

Für die deutschen Athleten ist die Vorrunde von besonderer Bedeutung, gibt sie doch den Sportlern die Möglichkeit, sich für die Play-off-Kämpfe zu empfehlen. Seit dieser Saison gibt es eine neue Regel in der 1. Bundesliga, die besagt, dass mindestens drei deutsche Ringer in der Mannschaftsaufstellung stehen müssen. Dabei soll mindestens ein Ringer unter 23 Jahre sein. Ansonsten muss mit vier deutschen Athleten gerungen werden. Diese Regel kommt dem LSC eigentlich entgegen, hat er doch einige sehr gute deutsche Ringer in seinen Reihen, z.B. Felix Menzel, letztes Jahr Europameister der Junioren in der 66-kg-Klasse im freien Stil.

Am 17.11. besiegte der 1. LSC den KFC Leipzig mit 32:6 und sicherte sich so weiterhin ungeschlagen die Tabellenführung in der 1. Bundesliga, Staffel Nord.

Andreas Zabel,

Stadtverordneter und Trainer

Leserbrief zu Glashütte

Kleine Ergänzung zum Artikel über das Museumsdorf Glashütte von Rudolf Haase in „DIE LINKE. Aktuell“ vom November 2007

Schon zu DDR-Zeiten gab es in den 80-er Jahren Bestrebungen und Überlegungen, die Glashütte als technisches Museum einzurichten und unter Denkmalschutz zu stellen.

Eine Kommission aus Fachleuten, Kommunalpolitikern und interessierten Bürgern, zu denen auch Herr Rudi Hüntze aus Klasdorf gehörte, beschäftigte sich intensiv mit diesem Vorhaben und erarbeitete Vorschläge.

Leider scheiterte das Vorhaben damals am Fehlen des notwendigen Geldes und der benötigten Materialien.

Christa Zernick, Am Mellensee

Haushalt 2008 zum Beschluss vorgelegt

Auch in diesem Jahr gibt es einen ausgeglichenen Haushaltsplanentwurf.

Ohne spektakuläre Einnahme- oder Ausgabepositionen als Streitpunkte wird er wohl nicht auf das Missfallen der Abgeordneten treffen.

Im Verwaltungshaushalt gibt es auf den ersten Blick keine Kritikpunkte. Für uns wichtig sind: Positionen wie Zuschüsse für Kindereinrichtungen und andere soziale Zwecke. Mittel für den Sozialpass einschließlich Einschulungszuschuss, die Stadtlinie sowie die Sportförderung sind eingestellt.

Mehrausgaben wird es dieses Jahr bei den Personalkosten geben, weil hier in einzelnen Gruppierungen die Angleichung 100% West erfolgen wird.

Der Vermögenshaushalt wird im Gesamtumfang fast halbiert auf ca. 9 Mio. • Grund ist das Auslaufen des Urban-Programms, so dass nur noch Rückrechnungen aus den Vorjahren im Jahr 2008 eingestellt sind. Ziel ist es, alle Maßnahmen bis zum 31.03.08 fertigzustellen.

Zukünftig wird dieser Haushaltsteil sicherlich schmaler ausfallen. Schlüsselzuweisungen und eigene Steuermittel der Stadt fließen eben nicht so üppig.

Die Beratungen im Finanzausschuss (03.12.) und Hauptausschuss (11.12.) werden wohl richtungsweisend für die SVV am 18.12.07 in Luckenwalde sein.

Manfred Thier, Stadtverordneter

Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

aus erster Hand von Maritta Böttcher

„Szenen einer Ehe“

Ich beginne heute mit der Filmkritik: „Szenen einer Ehe“ ist das, was die große Koalition derzeit aufführt. Es liegt sehr viel dreckige Wäsche da, und sie wird in aller Öffentlichkeit gewaschen. „Szenen einer Ehe“ von Ingmar Bergman jedenfalls war besser, war Kunst.

Die gegenwärtigen Szenen einer Ehe sind eher nervend, und sie täuschen nicht darüber hinweg, dass es im Land viele ungelöste Probleme gibt, wir immer mehr in die Richtung einer Zwei-Drittel-Gesellschaft gehen. Die Debatten über das so genannte Prekariat – wie manche die sozial betroffenen Menschen bezeichnen – zeigen das ja. Ich halte es nach wie vor für zutiefst inhuman, wenn man ein Drittel der Menschen abschreibt und einen Aufschwung feiert, der sehr fragwürdig ist. Ich will keine Konjunkturdaten gering achten.

Ich akzeptierte durchaus, dass etwas passiert ist. Aber der Aufschwung, der als Selbstlob von der Großen Koalition bejubelt wird, kommt bei vielen Menschen nicht an. Was macht nun die große Koalition? Sie beschäftigt sich mit sich selbst, und das gründlich.

Ein ausgeglichener Bundeshaushalt – so haben wir es in der letzten Woche im Bundestag mehrfach gehört – ist ihr wichtiger als vieles andere, wichtiger jedenfalls als die Bekämpfung der Kinderarmut, beispielsweise durch Kindergeldhöhung. Das hätte man ja angesichts dieser 2,5 Millionen armen Kinder machen können. Es ist ihr wichtiger als die Bekämpfung von Lohndumping, beispielsweise durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, den wir immer wieder einfordern. Ein ausgeglichener Bundeshaushalt ist ihr wichtiger als eine sinnvolle Bekämpfung der Altersarmut, beispielsweise durch Rücknahme der

„Rente mit 67“. Ich vermute, dass die Koalition noch nicht ganz im 21. Jahrhundert angekommen ist. Sie führt weiterhin einen Wettbewerb um die Einhaltung neoliberaler Sprüche, die sich längst als Mythen zu erkennen gegeben haben.

Wir würden es begrüßen, wenn es einen Parteienwettbewerb für mehr soziale Gerechtigkeit im Lande gebe, wenn Menschen in würdige Arbeit gebracht werden. Jedenfalls könnten die Parteien da mit Vorschlägen wetteifern, wenn Einkommen und Renten gesichert werden und wenn mehr Mitbestimmung, direkte Demokratie von der Kommune bis Europa gewährleistet wird. Leider ist die SPD nach ihrem Parteitag in den Startlöchern steckengeblieben. Von ihren sozialen Forderungen auf dem Parteitag hört man im Moment wenig.

Kita-Kampagne

Diese starten wir bundesweit im 1. Halbjahr 2008 mit folgenden zentralen Forderungen:

1. Alle Kinder haben ein Recht darauf, gemeinsam und solidarisch spielend zu lernen. Dazu bedarf es einer guten pädagogischen Qualität und entsprechend ausgebildeten pädagogischen Personals.
2. Wir wollen ein flächendeckendes öffentliches und für die Eltern kostenfreies Angebot für alle schaffen. Dazu gehört auch die Bereitstellung eines kostenfreien Mittagessens.
3. Der Ausbau der Kinderbetreuung mit ausreichend Ganztagsplätzen soll die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Väter und Mütter erleichtern.

Aufbau der Jugendstrukturen

Derzeit sind in der Partei DIE LINKE ca. 5800 Mitglieder U 35. Das ist eine positive Entwicklung seit Parteigründung. Vor der Neuformierung des Studierendenverbandes DIE LINKE.



SDS gab es zehn Hochschulgruppen, zur Gründung Anfang Mai 2007 kamen 50 Delegierte aus 34 Hochschulen, jetzt gibt es deutschlandweit 57 Hochschulgruppen. Der 1. Bundeskongress des Studierendenverbandes findet vom 30. November bis 2. Dezember an der Universität in Leipzig statt. <

Bush in die Anstalt

Damit keine Atomwaffen ins Unermessliche entwickelt und hergestellt werden, wurde sinnigerweise der Atomwaffensperrvertrag von den damals Atombomben besitzenden Staaten abgeschlossen.

Dieser Atomwaffensperrvertrag gestattet es den anderen Staaten ausdrücklich, Atomenergie zur friedlichen Nutzung anzuwenden. Inzwischen besitzen Indien, Pakistan, Israel und noch andere Länder offen oder heimlich Atomwaffen.

Sogar in Deutschland lagern in der Eifel mindestens 20 Atomsprengköpfe (!), die im Besitz der NATO sind. Nun droht Bush mit einem 3. Weltkrieg, wenn Iran von seinem verbrieften Recht Gebrauch macht, Uran für friedliche Zwecke anzureichern. Eine andere Erkenntnis gibt es zwar nicht. Aber warum rasselt Bush mit der Drohung eines Krieges, sogar Weltkrieges? Wenn es nicht so ungeheuerlich wäre, müsste man die Männer im weißen Kittel bei Bush vorbeischießen und ihn mit einem Leibchen in die geschlossene Anstalt bringen.

R. Haase

Streik der Lokführer – gut oder schlecht fürs Volk?

Die Lokführer der GDL streiken für einen eigenen Tarifvertrag und einen angemessenen Lohn. Das bringt Beschwerden für Reisende und Verluste für die Wirtschaft.

Im westeuropäischen Vergleich stehen sie am unteren Ende der Lohnskala. Die Gewerkschaft „Transnet“ und die „GDBA“ (Gewerkschaft deutscher Bundesbahnbeamten und Anwärter) haben die Lokführer also bisher nur sehr ungenügend vertreten. Die Lokführer haben aber auch eine eigene, die älteste Gewerkschaft Deutschlands als Interessenvertretung, und diese nimmt die Verantwortung für ihre Mitglieder ernst.

Verhandlungen mit der „Deutschen Bahn AG“ brachten keinen Erfolg. So blieb nur der Streik übrig, um berechnete Forderungen durchzusetzen. Die von der Politik gewollte und von den Gewerkschaften tolerierte Lohnab-

senkung muss endlich durchbrochen werden.

Wer sollte diese Lohnentwicklung durchbrechen, wenn es nicht die tun, die sich in einer starken Position befinden und deren Streik die Wirtschaft Gewinn kostet? Die Scheinheiligkeit der Argumente gegen diesen Streik tritt am deutlichsten bei den Klagen der Bosse über angeblich unsolidarisches Verhalten der Lokführer zutage, denn sonst wird gemeinsames Handeln der Arbeitnehmer mit allen erdenklichen Tricks bekämpft und verhindert.

Selbst die Chemnitzer Richter, die in der Hauptverhandlung das volle Streikrecht der Lokführer bestätigen mussten, hatten vorher in einer einstweiligen Verfügung den Streik nur für den Nahverkehr genehmigt. Warum wohl? Sollten da etwa die Berufspendler gegen die Lokführer aufgewiegelt werden? Die bürgerliche Presse

schaltet sogar ganzseitige Anzeigen für Lohndumping. Am gemeinsamen Handeln von Wirtschaft, Politik, Medien, Justiz und anderen zum Nachteil der abhängig Beschäftigten sollten sich die Benachteiligten orientieren und Gemeinsamkeiten betonen.

Um Profite zu machen, soll die Bahn privatisiert und damit wertvolles Volksvermögen weiter verschleudert werden. Der Streik der „GDL“ stört auch den Privatisierungswahn von Bahnchef Mehdorn. Was die Privatisierung der Bahn für Reisende bringt, zeigt deutlich das dadurch entstandene Chaos der Bahn in England.

Ich kann den Lokführern zu ihrer Gewerkschaft nur gratulieren und dem Streik viel Erfolg wünschen, besonders auch im Interesse der einfachen Bürger, die Nahverkehrszüge beruflich benötigen.

Rainer Weigt

Der „Linksruck“ der SPD

Ein Aufschrei geht durch die CDU. Bis hin zur Kanzlerin überschlagen sich die Politiker in der Ablehnung der im Programm der SPD festgeschriebenen Ziele. „Die guten Ergebnisse der Agenda 2010 sind in Gefahr.“

„Wir brauchen keine Rückbesinnung auf den Sozialismus, davon hatten wir genug in der DDR“ usw..

Was ist passiert?

Die Delegierten des Parteitag haben dem neuen Programm der SPD zugestimmt, dessen Inhalte „schockierend“ sind, so z.B.:

- Die Zahlung des ALG I soll für ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen von jetzt 18 Monate auf 24 Monate angehoben werden.
- Der Mindestlohn in Höhe von 7,50 Euro wird festgeschrieben.
- Die Zahlung des Kindergeldes erfolgt bis zum 27. Lebensjahr.
- Verzicht auf den Bombenabwurfplatz in Wittstock,
- Einrichtung eines freiwilligen Wehrdienstes,

- Wegfall steuerlicher Besserstellungen von Dienstwagen mit hohem Spritverbrauch,
- Tempobegrenzungen auf Autobahnen bis 130 km/h,
- Bekennung zum demokratischen Sozialismus als Ziel.

Es ist einfach zynisch, denn mit den Stimmen der Sozialdemokratie sind die Gesetze beschlossen worden, die die Armut forcieren und den Reichen ein Geschenk nach dem anderen machen.

Die Angst geht um unter den führenden Politikern der SPD. Schlechte Unfragewerte, Mitgliederschwund und der Zuspruch zur Linkspartei haben wohl eher die Rückbesinnung zu sozialdemokratischen Werten veranlasst.

Der ehemalige Vizekanzler Müntefering beweist mit dem Ausspruch „Ein Beschluss ist noch kein Gesetz“ Realitätssinn, was die ersten Ergebnisse beweisen.

Es dürfte spannend bleiben.

Marianne Richter, Luckenwalde

Ein altes – neues Lied

1. Für die Bundeseisenbahne gibt es manche Positione, was der Mehdorn macht und will, für die Bahn der Overkill.

Refrain:

Denn die Bahn gehört uns allen, darum lasst sie euch nicht nehmen, ist die Bahn privatisiert sind Reisende angeschmiert. Trulla, trulla, trullalla, trulla, trulla, trullalla, ist die Bahn privatisiert sind Reisende angeschmiert.

2. Willst du wissen, was passiert, wenn die Bahn privatisieret, schau nur nach Engeland, das Chaos ist dort wohlbekannt.

Ref. ...

3. Dass es anders auch kann gehen, kann man in der Schweiz gut sehen. Darum Menschen werdet wach, denn es drohet Ungemach.

Ref. ...

Nach dem Volkslied „Auf der Schwäbischen Eisebahne“, auch zum Singen.

Rainer Weigt

„Ja, das alles sind so Sachen, die man wirklich ändern muss ...“

heißt es in einem Pionierlied aus DDR-Zeiten.

Nun begegnet mir ein Buch mit dem „vielsagenden“ Titel „Die Sache und die Sachen“ von Irmtraud Gutschke und Hermann Kant. Ein Interviewband – für mich etwas ungewohnt. Da ich beide Verfasser von ihren Texten her kenne – Irmtraud Gutschke hat mich im ND schon auf manche Neuerscheinung neugierig gemacht – ist meine Leselust geweckt. Und sie wird gestillt.

Fast 50 Interview-Stunden finden sich in diesem Buch wieder. Wer denkt, ihn erwarte „nur“ trockene Wissenschaft, der irrt. Ich als Leserin lasse mich auf Fragen zu Leben und Schaffen H. Kants ein und erlebe einen hellwachen „Aula“-Autor, der vor keiner Frage kneift. Nach seinem bisher letzten Roman „Kino“ befragt, gesteht er: „Ich habe Heimweh, weniger

nach meiner Kindheit, ...aber nach diesem merkwürdigen Hamburg. Ich habe die ganze DDR-Zeit nie daran gedacht, die DDR zu verlassen, aber hätte gern in Hamburg gelebt.“ Seine Geburtsstadt lässt ihn nicht los. Wann und wo erfahren wir von einem Schriftsteller mal solche geheimnisvollen Gedanken?

Auch seine Doppeltätigkeit – Schriftsteller und Vorsitzender des Schriftstellerverbandes – ist Inhalt der Gespräche. Kant sieht beides als Einheit, „...diese Mischung aus aktiv über einer Buchseite sitzen und aktiv für Bücher eintreten“. Ich erfahre viel an Hintergrundwissen aus der DDR-Kulturpolitik, korrigiere beim Lesen meine bisherige Sicht auf einige Ereignisse, deren Zusammenhänge ich zu wenig gekannt habe, blicke auf einige Schriftsteller mit anderen Augen. Irmtraud Gutschke hat Recht, wenn sie behauptet: „Ein Buch – auch wenn es



ein Interviewband ist wie dieser – wird immer von demjenigen ‚mitgeschrieben‘, der es liest.“ Entscheidenden Anteil daran hat die Interviewpartnerin. Ihre Fragestellung verdeutlicht ihre hohe Sachkenntnis, Kants Romane und Erzählungen und die kulturpolitischen Ereignisse der DDR und BRD betreffend. Für mich entsteht auch die Frage: Musste Kant die Mitgliedschaft im bundesdeutschen Schriftstellerverband verwehrt bleiben?

Der Text wird durch interessante Fotos ergänzt – ich kann mir also ein Bild machen von „Die Sache und die Sachen“.

Ingrid Köbke

Luckenwalder Tafel bedankt sich für Spendenaktion

Das große Spendenglas, das beim Gründungsparteitag eifrig von Tisch zu Tisch gereicht wurde und sich zusehends füllte, wurde am 9. November an die Luckenwalder Tafel übergeben. Die Leiterin der Einrichtung und deren MitarbeiterInnen, die bereits über die Spendensammlung informiert waren, freuten sich über die Anteilnahme und die Unterstützung ihrer wichtigen und zugleich anstrengenden Arbeit. Dankend nahmen sie die Spende in Höhe von 280,- € entgegen. Einige Tage später erhielten wir ein Dankeschreiben, in dem auch mitgeteilt wurde, dass die finanzielle Unterstützung für Benzinkosten sowie für die Kinderweihnachtsfeier am 18. Dezember verwendet wird.

Hierzu wird auch um kleine Präsenten für die Kinder gebeten, beispielsweise in Form kleiner Päckchen. Empfehlenswert wäre hierbei eine kleine



Tim half fleißig beim Sammeln

Kennzeichnung, ob das Geschenk für Jungen oder Mädchen gepackt wurde bzw. welcher Altersklasse es entspricht. Diese Päckchen können bis zum 17. Dezember beim Arbeitslosenservice Luckenwalde, Haag 1 oder in der Kreisgeschäftsstelle der LINKEN in der Zinnaer Str. 36 abgegeben werden. *Tina Senst, Luckenwalde*

Die Überflüssigen haben sich neu organisiert

Unter dem Motto „Allein – machen sie Dich ein!“ haben die übrig gebliebenen Montagsdemonstranten aus Jüterbog am 31.10.2007 einen Verein gegründet. Die Satzung wurde von 16 Gründungsmitgliedern unterzeichnet. Damit wollen sie für die sozial benachteiligten Bevölkerungsschichten eine Möglichkeit schaffen, sich gegen die „meinungsbildenden Eliten“ und deren Politik zu wehren. Der „Verein für soziale Selbstverteidigung“ will auf kommunaler Ebene agieren, ist aber landes- und bundesweit vernetzt, um entsprechende soziale Aktivitäten entfalten zu können.

Wir gratulieren zur Vereinsgründung und wünschen viel Erfolg für die weitere Arbeit.

Rainer Weigt

Merry Christmas – in den Wandelgängen des Bundestages

Das Fest ist nicht mein Ding, die Wandelgänge auch nicht.

Doch es naht unausweichlich das Fest der Liebe und der Gaben.

Anlass genug, eine gesellschaftspolitische Prognose zu wagen, verbunden mit einer Warnung der Alarmstufe 1.

Die Prognose (Wer wagt heute schon noch eine, außer man prophezeit: „Die da oben wurschteln so weiter wie bisher, stricken ihre Maschen fünf nach oben, eine nach unten!):

Es wird wieder mitleidheischende und geldeintreibende Poster auf allen klebbaaren Flächen geben wie „Helfen Sie gegen Kälte!“, wo ein blaueismännchenhaft eingefärbter armer Obdachloser auf dem Betonboden des U-Bahnschachtes liegt und anklagt: Hast du keine gesellschaftliche Verantwortung? Gemeinsam gegen Kälte!

Oder: Mit drei Euro hilfst du ihm zum Schulabschluss! (und zeigt ein afrikanisches Kindergesicht vor blanker Lehmwand unter dem Grasdach der offenen Hütte).

Weihnachten nennt man die Zeit der Liebe und der Güte. Es spricht uns an und verführt.

Doch halt.

Diese Poster gehören primär nicht vor deine Augen, sondern vor die der properen diätengestopften Bundestagsabgeordneten.

Es geht nicht primär um dein Geld, sondern um das des Bundeshaushaltes. Denn die schwarzrotkoalitionierten (vielleicht auch die gelben und grünen) Abgeordneten haben Agenda 2010, Hartz IV und so was beschlossen, das blaugefrorene Menschen in U-Bahnschächten erzeugt.

Dieselben Demokraten und Freiheitskämpfer bewilligen Milliarden für den militärstrategischen Vorhof „Hindukusch“ und gleichzeitig magere (manchmal noch nicht einmal wirklich fließende) Millionen für die Sorgen der 3. Welt und unserer Welt.



Glückwünsche

Inge Krumpach in Mahlow zum 73. Geburtstag am 13.12.
 Werner Finkewitz in Luckenwalde zum 86. Geburtstag am 15.12.
 Renate Heise in Blankenfelde zum 76. Geburtstag am 20.12.
 Fritz Lenk in Dahlewitz zum 76. Geburtstag am 28.12.
 Irmgard Staffehl in Mahlow zum 74. Geburtstag am 29.12.
 Hans-Joachim Steudte in Mahlow zum 73. Geburtstag am 02.01.08
 Elli Bartel in Zossen zum 79. Geburtstag am 04.01.08
 Johanna Schabehorn in Markendorf zum 94. Geburtstag am 05.01.08

Herzliche Glückwünsche

senden die Basisorganisationen und
 Vorstände den Jubilaren, die einen runden Geburtstag begehen:

Helga Mordhorst in Luckenwalde zum **85.** Geburtstag am 14.12.
Martina Luedecke in Jüterbog zum **70.** Geburtstag am 15.12.
Gerhard Krause in Großbeeren zum **85.** Geburtstag am 22.12.
Robin Hansche in Baruth zum **20.** Geburtstag am 30.12.
Silvia Gröger in Dahme/Mark zum **50.** Geburtstag am 03.01.08



Eine kleine Auswahl politischer Absurditäten, die unsere Obrigkeiten in den letzten Wochen fabriziert haben:

- Herr Mehdorn und sein Aufsichtsrat haben sich in den letzten Jahren ihr Gehalt um 77 % erhöht.
- Unsere Bundestagsabgeordneten haben sich ihre Bezüge um 9,4 % erhöhen, das sind fast 700 Euro mehr im Monat.
- Bundesweit stiegen die Kosten für stationäre Behandlung im Krankenhaus im vergangenen Jahr um 58 Milliarden Euro.
- Die Postmärkte in der Bundesrepublik werden zum 1. Januar 2008 ohne

einen allgemein verbindlichen Mindestlohn arbeiten.

- Verkauf von Seen an Privatpersonen durch den Bund; unsichere Perspektive für Fischer, Wassersportler und alle Erholungssuchenden
- Durch eine Finanzierungslücke 2008 sind das deutsch – sorbische Volkstheater und das Sorbische Nationalensemble in Bautzen in ihrer Existenz gefährdet.
- Zum 1. Januar 2008 erhöht die Gasag, Berlins größter Gasversorger, ihre Preise um durchschnittlich 7,5 %.
- Schließung des Amtsgerichtes Zossen; dafür ein Neubau in Königs Wusterhausen, der Millionen Euro kostet
- Keine Weihnachtsbeihilfen für Hartz-IV- Empfänger

Fortsetzung folgt! Leider.

Christa Zernick, Am Mellensee

In die Wandelgänge, die Abgeordnetenbüros und die Sitzungssäle des Bundestages gehören die unverschämten Poster.

Mach die Augen zu!

Mach dir deine Gedanken!

Und - wenn du's kannst- lass Gabe vor kritische Einsicht ergehen!

P.S. Das ist geklebt und bestätigt die seherische Vorhersage: Die Volkssolidarität hat uns ein's kleben lassen: Solidarität leben! Genau! - Ab in die Wandelgänge!

Dr. Frank Schubert, Potsdam

Termine

10.12.07 18.30 Uhr

Beratung der BO-Vorsitzenden
im Bürgerbüro Ludwigsfelde

12.12.07

Fraktionssitzung Niedergörsdorf

12.12.07 15.00 Uhr

Redaktionssitzung
Geschäftsstelle Luckenwalde

19.12.07 17.00 Uhr

Fraktionssitzung Jüterbog
Rathaus Jüterbog

19.12.07 19.00 Uhr

Stadtverordnetenversammlung
Geschäftsstelle Jüterbog

03.01.08 17.30 Uhr

Beratung Regionalvorstand
Geschäftsstelle Jüterbog

Die Endung der E-Mail-Adresse
des Landesvorstandes hat
sich geändert und lautet wie folgt:
info@dielinke-brandenburg.de

Die Adressen mit den Endungen
@pds-brandenburg.de und
@linkspartei-pds-brandenburg.de
werden am 31.12.2007
abgeschaltet.

Qualifikation - Investition in die Zukunft

Zuhören lernen, richtig reagieren, seine Zeit effektiv einteilen, das Büro übersichtlich und zeitsparend gestalten und Argumente überzeugend vertreten sind nur einige Beispiele, die zum neuen Erkenntnisgewinn geführt haben.

Auf unseren Wunsch wurde ein Zusatzprogramm mit Ergänzungsseminaren im Kommunalrecht, besonders zu Pflichten und Rechten der Mandatsträger, Stellung der Bürgermeister, der Handhabung der Gemeindeordnung, Ausschussarbeit, dem Verwaltungsverfahrensgesetz und ... erklärt und diskutiert. Weitere Seminare, beson-

ders zu Beteiligungsrechten und der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen (Schwerpunkte: Privatisierung, Arbeit in Aufsichtsgremien, ÖPNV und ihre Finanzierung) liegen noch vor uns.

Ich kann mich bei den Lektoren und Seminarleitern für die offene und konstruktive Atmosphäre und den dadurch gewonnenen Wissenszuwachs und die organisatorische Vorbereitung und Durchführung durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS)““ nur bedanken.

Wem diese Möglichkeit der politischen Bildung angeboten wird, sollte sie unbedingt nutzen.

Sie ist hilfreich in allen Lebenslagen und erhöht die eigene politische Ausstrahlung.

Danke RLS für diese Hilfe.

Peter Hacke, Jüterbog



Linke Medienmacher

Die Bundesarbeitsgemeinschaft „rote reporter“ hat sich im Zuge des Gründungsprozesses der Partei DIE LINKE für MedienmacherInnen neu formiert und lädt zur solidarischen Zusammenarbeit ein.

Am 17.11.2007 hat sich der „rote reporter“ auf Landesebene konstituiert. Unsere Zeitung wird in der Interessengemeinschaft von Petra Haase vertreten. <

Neu in der Redaktion



Als neues Redaktionsmitglied begrüßen wir Tina Senst, die uns in Zukunft bei der Erarbeitung unserer Zeitung unterstützen wird.

• • •

IMPRESSUM

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming

V.i.S.d.P.: Kornelia Wehlan

Geschäftsstellen:

14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36 Tel.: 0 33 71/63 22 67 Fax: 63 69 36

Internet: www.dielinke-teltow-flaeming.de

E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de

14913 Jüterbog, Große Str. 62 Tel.: 0 33 72/43 26 91 Fax: 44 30 33

E-Mail: dielinke.jueterbog@t-online.de

14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur - Str. 17 Tel.: 0 33 78/51 06 53 o. 51 06 54

E-Mail: ludwigsfelde@dielinke-brandenburg.de

Spendenkonto: 363 302 7415 BLZ: 160 500 00 bei der Mittelbrandenb. Sparkasse

Redaktionsschluss: 14. November 2007, der nächsten Ausgabe: 12. Dezember 2007

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

